



Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2/A 02

Postfach 101143
40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/169**

Alle Abgeordneten

Datum: 6.1.2023

Durchwahl: 0202 / 439-2170

Sekretariat: 0202 / 439-2591

Telefax: 0202 / 439-2431

Dienststz: Gebäude N, Ebene 11, Raum 07/05

Email: pimbusch@uni-wuppertal.de

Stichwort: AO2 – Herbst – zum 20.01.2023

Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion, Landtag NRW, Drucksache 18/1666: „Heißer Herbst: Hilfe gegen Hass und Hetze“

Im Antrag der FDP-Fraktion zum „Heißen Herbst“ wird der nach Ankündigungen vermeintlich zu erwartende „heiße Herbst“ zum Anlass genommen, über die Bedrohungen und den Druck auf Kommunalpolitiker (und ihre Familien) nachzudenken. Dabei werden die Gefahren für die kommunale Demokratie, Hass und Hetze gegen Kommunalpolitiker bis hin zu tätlichen Angriffen, das um sich greifende Bedrohungsgefühl mit Bezug auf vorliegende Untersuchungen richtigerweise als Beleg genommen, Forderungen zur Untersuchung der Sicherheitslage und verstärkte Schutzmaßnahmen für betroffene Personengruppen zu fordern.

Auch wenn der Herbst keineswegs so heiß geworden ist, wie erwartet wurde, so kann doch das eigentliche Problem nicht übersehen werden. Denn seit längerem wird nach dem ständigen Ansteigen von Hass und Hetze im Netz, aber auch manifester Gewalt gegen kommunale Amtsträger – in der Regel durch rechtsextreme oder rechtspopulistische Gewaltakteure – in der Bedrohung der kommunalen Demokratie eine strukturelle Gefahr gesehen, der dringend begegnet werden muss. Studien des BKA, Zahlen des Innenministeriums, Befragungen von BürgermeisterIn und auch unsere eigene Untersuchung der Bedrohungslage von Kommunalpolitikern im Bergischen Städtedreieck [Peter Imbusch: Bedrohungen und Gewalt gegen politische AmtsträgerInnen – eine Gefahr für die Demokratie. Erste Ergebnisse einer Befragung von KommunalpolitikerInnen im Bergischen Städtedreieck, Bergische Universität Wuppertal, 2022] offenbaren in der Tendenz den gleichen bedrohlichen Trend: Hass und Hetze nehmen zu; Gewalt und Anschläge – bis hin zum Tod oder schwersten Verletzungen – mehren sich; viele Kommunalpolitiker überlegen sich, unter den gegebenen Bedingungen ihr Amt aufzugeben; häufig werden die entsprechenden Dinge aber auch verharmlost („gehören zum Job dazu“) und nicht zur Anzeige gebracht („das bringt eh nichts“). Am Ende der Entwicklung kann eine folgenschwere Entleerung und Beschädigung der Demokratie stehen.

Von dem Problem sind allerdings nicht nur Kommunalpolitiker betroffen, sondern auch weitere öffentliche Personenkreise: Polizei, Rettungskräfte, Journalisten, die an ihrer Berufsausübung mal mehr, mal weniger gehindert werden und deren Bedrohung für eine Erosion von anständigen politischen und zwischenmenschlichen Umgangsformen und grundlegenden

Mangel an Respekt vor der äußerst nützlichen und wichtigen Arbeit dieser Berufsgruppen zeugt. Dem muss auf qualifizierter Grundlage dringend begegnet werden.

Es ist deshalb wichtig, das Themenspektrum der Betroffenheit um bestimmte Gruppen zu erweitern und den – auf den ersten Blick sehr unterschiedlich erscheinenden – Ursachen und Hintergründen für diese Phänomene nachzugehen, um in vergleichender Perspektive etwaige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen Gruppierungen besser erkennen und schärfer herausarbeiten zu können. Liberal-pluralistische Gesellschaften können es nicht dulden, dass wichtige öffentliche Repräsentanten dieser Ordnung bedroht oder angegriffen werden. Angesichts der jüngsten sozialstrukturellen Verwerfungen, den momentanen Krisenprozesse und den damit einhergehenden ungelösten Herausforderungen sowie nicht zuletzt dem deformierten Meinungsbild einer durch social media geprägten Öffentlichkeit muss dringend das verbindende Gemeinsame hinter der Bedrohung unterschiedlicher Personengruppen gesucht und Vorschläge gegen die Erosion demokratischer Grundsätze erarbeitet werden.

Kommunalpolitiker, Polizisten, Rettungskräfte und Journalisten haben eine unterschiedliche, aber gleichwohl zentrale Bedeutung für die Demokratie, denn alle diese Gruppierungen spielen eine wichtige Rolle für das Gemeinwesen, die unersetzlich für eine lebendige und funktionierende Demokratie ist. Wenn die unbehelligte politische Betätigung – bei allen parteipolitischen Unterschieden – nicht mehr gewährleistet werden kann oder man als Politiker um Leib und Leben fürchten muss, ist das nicht nur eine Stilfrage, sondern greift grundlegende Mechanismen der Demokratie an. Wenn Polizei, Rettungsdienste oder Journalisten ihre Arbeit nicht mehr ordentlich ausführen können, hat das nicht nur Konsequenzen für die soziale Ordnung, sondern auch für die Art und Weise eines friedlichen und sicheren Zusammenlebens. Wenn Menschen aus der Zivilgesellschaft sich nicht mehr politisch oder ehrenamtlich engagieren, dann fehlt es an zivilgesellschaftlichem Engagement und mahnenden Stimmen, die unerlässlich für pluralistische Gesellschaften sind. Es steht also weit mehr auf dem Spiel, als auf den ersten Blick zu erkennen ist. Denn Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform, sondern auch eine Lebensform, die aktiv gelebt und nachhaltig verteidigt werden muss.

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse kann dem Antrag der FDP-Fraktion an die Landesregierung weitestgehend zugestimmt werden:

- Es braucht eine NRW-weite Studie zu Hass und Hetze – generell der Bedrohung – von Ratsleuten, die insbesondere auch die durchaus unterschiedlichen Hintergründe und Ursachen der Bedrohungssituationen in den Blick nimmt.
- Es braucht eine Aktualisierung und Weiterführung bisheriger Handlungsempfehlungen für Amts- und Mandatsträger und die konkrete Einbindung in Netzwerke der Hilfe, Unterstützung und angemessenen Gegenwehr.
- Es braucht auch eine Aufklärungskampagne über die Arbeit von Kommunalpolitikern und deren Engagement und essentiellen Beitrag für die Demokratie, weil viele Menschen diesbezüglich ungenügend informiert sind oder ressentimentgeladen agieren. Verstärkte politische Bildungsanstrengungen wären hier wohl ebenfalls sinnvoll.

- Zudem sollten sinn- und wirkungsvolle Maßnahmen der Gefahrenabwehr und alltags-
taugliche Präventionsansätze verstärkt werden, welche die Sicherstellung und Bewahrung der
Demokratie nicht zuletzt auch als eine zivilgesellschaftliche Aufgabe begreift.

In diesem Sinne haben wir uns an der Bergischen Universität Wuppertal entschlossen, unsere
Untersuchung zu „Bedrohungen und Gewalt gegen politische AmtsträgerInnen“ fortzuführen
und in quantitativer und qualitativer Hinsicht auszuweiten, um a) das Phänomen und seine
Hintergründe und Ursachen zu verstehen, b) die Bedrohungssituation an sich und hinsichtlich
ihrer Bedeutung für die Betroffenen zu erfassen, und c) adäquate und hilfreiche Handlungs-
möglichkeiten aufzuzeigen und konkrete Präventionsangebote zu analysieren und zu erarbei-
ten.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Jamblich', is located in the lower-left quadrant of the page.